

Analyse:

Sigrid Kannengießer

Feminismus als Kritische Theorie und politische Praxis

Ist der Feminismus am Ende, vielleicht sogar schon tot? Oder gibt es eine »Konjunktur des deutschen Feminismus« (Elisabeth Klaus), und ist dies dann der »alte« oder ein neuer Feminismus? Ist er postfeministisch oder überhaupt noch feministisch?

In der vergangenen Dekade war Feminismus wieder ein Thema im gesellschaftspolitischen Diskurs. Es erschien eine Reihe von Sachbüchern, die eine »neue F-Klasse« (Thea Dorn) oder einen »Popfeminismus« (Sonja Eismann) entwarfen und selbst *Die Zeit* titelte »Wir brauchen einen neuen Feminismus!«.

Ob alt oder neu, neo- oder post-feministisch, *den* Feminismus gibt es nicht. Es existiert vielmehr eine Bandbreite an verschiedenen feministischen Ansätzen in Theorie und Politik, die sich historisch entwickelt haben und heute nebeneinander existieren. Als »historisches Projekt« (Sabine Hark) ist die Entwicklung des Feminismus nicht abgeschlossen. Die Feminismen entwickeln sich weiter, werden theoretisch kritisiert, politisch ausprobiert, scheitern und werden neu erfunden. Feministische Theorie und politische Praxis stehen in einem Wechselverhältnis, greifen sich gegenseitig an und auf.

Gemeinsam ist den Feminismen »das wissenschaftlich-politische Interesse an der Verfasstheit von Geschlechterverhältnissen und die Kritik an allen Formen von Macht und Herrschaft, die Frauen diskriminieren und deklassieren« (Regina Becker-Schmidt/Gudrun-Axeli Knapp). Doch schon hier werden bereits erste Unterschiede feministischer Denkansätze deutlich: Während Feminismen der so genannten »zweiten Welle« von der weiblichen Genusgruppe als benachteiligt und diskriminiert ausgehen, hinterfragen Ansätze der »Gender-Theorie« die natürliche Verfasstheit der Genus-



Sigrid Kannengießer

(* 1979) ist Medienkulturwissenschaftlerin und promoviert an der Universität Hamburg über transkulturelle Geschlechterkonstruktionen. Sie ist Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

sigridkannengieser@web.de

gruppe und konstatieren die Konstruiertheit der Geschlechter(-gruppen, -normen, -hierarchien etc.). *Den* Feminismus gibt es also nicht, aber es gibt *den* Feminismus in Wissenschaft und Politik.

In der Wissenschaft ist Feminismus ein Ansatz der Kritischen Theorie, der die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse analysiert, bestehende Strukturen hinterfragt und normativ Utopien einer geschlechtergerechten Gesellschaft entwirft. Hier zeigt sich bereits die Verzahnung von feministischer Wissenschaft und Politik, denn normativ entworfene Utopien versucht feministische Politik realpolitisch umzusetzen und zielt auf die Veränderung diskriminierender Geschlechterhierarchien. Feministisch sind Politik und Theorie also dann, wenn sie die Diskriminierung von Geschlecht analysieren, kritisieren und verändern wollen.

Die Unterscheidung in der Zielsetzung von Wissenschaft und Politik, erstere diene dem Begreifen und letztere dem Verändern (Nina Degele), ist daher für feministische Wissenschaft zu kurz gegriffen. Auch feministische Wissenschaft will verändern und feministische Politik ist dann

erfolgreich, wenn sie sich maßgeblich wissenschaftlicher Erkenntnisse bedient.

Im vergangenen Jahrhundert war Feminismus vor allem eine Frauenangelegenheit. Die Frauenbewegung der ersten und zweiten Welle kämpfte für gleiche Rechte für Frauen und verknüpfte Geschlechter- mit Kapitalismuskritik. Feministische Strukturanalysen entlarvten das kapitalistische System als geschlechtlich geprägt. Das ungleiche Geschlechterverhältnis mit der Teilung in eine weibliche private Sphäre, in der Frauen der Verantwortung für die Reproduktionsarbeit nachkamen, und einer männlichen öffentlichen Sphäre, in der Männer der Lohnarbeit nachgingen, ermöglicht/e die Existenz des kapitalistischen Systems mit den ihm innewohnenden Ungleichheitsstrukturen.

Neue Vermischung der Kategorien

Gegenstand der feministischen Politik und Theorie war damit im vergangenen Jahrhundert die Frau, manchmal sogar homogenisierend »die Frau an sich«. Derzeit findet jedoch eine Gegenstandserweiterung statt. Der in der Geschlechterforschung entwickelte Ansatz der »Intersektionalität« betont nun die Interdependenz verschiedener sozialer und kultureller Kategorien. In der deutschen Sprache bedeutet Intersektion Kreuzung, Schnittfläche oder -menge. Was jedoch überschneidet sich? Es sind unterschiedliche Identitätselemente, die sich gegenseitig bestimmen: Die Geschlechtsidentität ist nicht nur geprägt durch die Kategorie des Geschlechts, sondern auch durch weitere soziale Kategorien wie Sexualität, Ethnizität, Religion etc. Denn Vorstellungen und Rollen des Geschlechts sind nicht außerhalb des kulturellen Rahmens zu denken, der die Identität prägt.

»Postfeministisch« betrachtet sind diese Kategorien sozio-kulturell und historisch bedingt konstruiert, also keine stati-

schon, natürlichen Gebilde. »Post« bedeutet jedoch nicht, dass die feministische Kritik und Utopien verblasen. In der Annahme der Konstruiertheit der Kategorien liegt vielmehr das politische Potenzial der Veränderung. Auch die intersektionale Theorie ist politisch motiviert, da sie den Fokus auf Ungleichheit und Ungerechtigkeit setzt. Geschlecht wird hier nicht als alleinige Ursache für Diskriminierung verstanden. Vielmehr kann die Verwobenheit der Kategorien Geschlecht, Sexualität, Alter, Nationalität, Ethnizität, Religion etc. zu komplexen Ungleichheitsverhältnissen führen.

Die Erkenntnis dieser Verwobenheit ist nicht neu: Deutsche Feministinnen entlarvten in den 20er Jahren die Verwobenheit von Geschlecht und Klasse, und afro-amerikanische Feministinnen brachten in den 70er Jahren ihre Erfahrung der doppelten Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Ethnizität in den Diskurs ein. Diese Ungerechtigkeits Erfahrungen aufgrund diskriminierter Identitätszugehörigkeiten können jedoch nicht einfach »aneinandergereiht« betrachtet werden: Die afro-amerikanische Frau ist nicht als Afro-Amerikanerin *und* als Frau diskriminiert, vielmehr findet sich hier ein interdependentes Verhältnis der diskriminierten Identitätskategorien. Die Verschränkung dieser Diskriminierungserfahrungen zeigt, dass die verschiedenen Kategorien (Geschlecht und Klasse oder Geschlecht und Ethnizität) ineinander wirken: Das Geschlecht wird ethnisiert, die Ethnizität vergeschlechtlicht.

Intersektionale Analysen sind an der Aufdeckung dieser Verwobenheit von Ungleichheitsstrukturen interessiert; sie sind insofern feministisch, als dass sie die Schnittflächen der Ungleichheitsstrukturen aufdecken und kritisieren wollen. Unterdrückungsverhältnisse werden in Hinblick auf Sexismus, Kapitalismus und Rassismus nicht einfach aneinandergereiht, sondern die hier stattfindenden Herstellungsprozesse von Differenzierung und

Ungleichheit werden in Hinblick auf ihre Verwobenheit, Widersprüchlichkeit und Ungleichzeitigkeit analysiert.

Neue Feminismen

Normativ können intersektionale Analysen Utopien einer (geschlechter)gerechteren Welt entwerfen. Feministische Politik kann sich diese Erkenntnisse und Entwürfe zu Nutzen machen und auf die Überwindung der Ungleichheitsstrukturen wirken. Geschlechterpolitik ist damit mehr als eine Politik, die sich um Frauen und Familie dreht. Intersektional betrachtet, wird Geschlechterpolitik auch zur Migrationspolitik, Politik für ältere Menschen, Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Politik für Menschen mit Behinderungen etc. Auf all diesen Gebieten ist eine Verzahnung feministischer Theorie und Politik bereichernd,

gleichzeitig aber auch notwendig, wird so die Gefahr umgangen, neue Feminismen auf erkenntnisarmen Boden zu bauen.

Ein neuer Feminismus muss sich dieser Verwobenheit der Ungleichheitsstrukturen gewahr sein und darf nicht zu einem »Elitefeminismus« (Elisabeth Klaus) werden: Feministisch ist nicht, wer die freie Wahl zwischen Kind und Karriere oder deren Vereinbarkeit hat und dies in der Öffentlichkeit (fröhlich) postuliert. Feministisch ist vielmehr, wer Ungleichheitsstrukturen wahrnimmt und kritisiert und an der Umsetzung einer (geschlechter)gerechteren Gesellschaft mitwirkt.

Auf die Frage »wozu Kritik?« antwortet Sabine Hark: »um der Aussicht willen, dass nicht alles so bleiben muss, wie es ist«. Die Veränderung bestehender Ungleichheitsverhältnisse wird durch den Feminismus eine Aufgabe für politische Praxis *und* Theorie.